

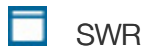


Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen GmbH

Inhaltsverzeichnis

15.04.2025	SWR: Die Endlagersuche zieht sich - womöglich bis 2074	3
16.04.2025	SWR: Atommüllendlager - Wird Schacht "Konrad" nie in Betrieb gehen?	5
15.04.2025	epd Landesdienste: Fauna und Flora um Atomendlager Morsleben werden kartiert	9
16.04.2025	Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard: Wirtschaftswachstum: MV ganz vorn dabei	10

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH



Die Endlagersuche zieht sich - womöglich bis 2074

15. April 2025 08:24 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Trotz des Endes der **Atomkraft** in Deutschland vor zwei Jahren gibt es für die radioaktiven Abfälle noch keine Lösung. Warum dauert es so lange? Wo liegen die größten Herausforderungen?

Am 23. März 2017 sollte ein jahrzehntelanger Konflikt in neue Bahnen gelenkt werden. Der Bundestag verabschiedete ein verändertes Standortauswahlgesetz, das den Weg für die Suche nach einem **Endlager** für die hochradioaktiven Abfälle aus den deutschen **Atomkraftwerken** ebnen sollte.

Die damals zuständige Ministerin für Umwelt und Reaktorsicherheit, Barbara Hendricks, sprach von einem Testfall für die Demokratie. "Ein handlungsfähiger Staat muss sich daran messen lassen, ob eine Lösung gelingt, die wissenschaftlich begründet ist und von einer breiten Mehrheit des Landes getragen wird", so die SPD-Politikerin.

Politisch aufgeladen war die Standortsuche spätestens ab Februar 1977, als der damalige niedersächsische Ministerpräsident, CDU-Politiker Ernst Albrecht, ankündigte, in Gorleben ein **atomares Endlager** errichten zu lassen. Es folgten teils massive Proteste von Bewohnern des Wendlands und der **Anti-Atombewegung**.

Gorleben-Konflikt

wirkt bis heute

Gorleben wurde zum Synonym für den Konflikt um die **Atomenergie** in Deutschland. Und für die weitere **Endlagersuche** machte der Protest im Wendland deutlich: Wenn ein Standort gefunden werden soll, muss der nicht nur sicher sein, sondern es braucht auch die Akzeptanz der Bevölkerung vor Ort. Das sollte mit dem Standortauswahlgesetz erreicht werden.

Klaus-Jürgen Röhlig ist Professor für **Endlagersysteme** an der TU Clausthal und Mitglied der **Entsorgungskommission**, einem Beratungsgremium des Umweltministeriums. Aus seiner Sicht war der Gorleben-Konflikt entscheidend für das Design des neuen Auswahlverfahrens. "Es wurde dann ein sehr ausgefeiltes, ein sehr sorgfältig geplantes Verfahren entwickelt, was aber auch sehr komplex ist."

Das Prinzip des Verfahrens: Wie auf einer weißen Landkarte werden nach und nach Regionen festgelegt, die nicht für den Standort in Frage kommen. Das kann dauern, denn Stand jetzt erfüllt gut die Hälfte der Fläche Deutschlands die geologischen Mindestanforderungen für ein **Endlager** und ist damit sozusagen

noch im Rennen. Gorleben gehört schon jetzt nicht mehr dazu.

Suche bis 2074 abgeschlossen?

Ursprünglich wollte man mit diesem Verfahren schrittweise bis zum Jahr 2031 einen Endlager-Standort benennen. Aber inzwischen ist klar: Dieser Zeitplan ist nicht zu halten. Nach den gegenwärtigen Prognosen könnte die Suche irgendwann zwischen 2046 und 2074 abgeschlossen werden. Und dann wäre nur der Standort ausgewählt. Das Endlager müsste anschließend auch noch errichtet werden - inklusive Planung, Genehmigung und Bau.

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) ist für die Standortsuche zuständig. Eine zentrale Vorgabe für die BGE lautet, dass am ausgesuchten Ort der strahlende Atommüll für eine Million Jahre sicher unterirdisch gelagert werden kann.

Aus Sicht von BGE-Sprecherin Dagmar Dehmer lässt sich das Auswahlverfahren daher auch kaum abkürzen. "Das liegt schlicht daran, dass wir sehr komplizierte Abfälle in eine sehr, sehr ruhige Geologie entlassen müssen, um sie dort dauerhaft zu lagern. Man kann da keine Fehler machen, das muss sicher sein", so Dehmer.

Zwischenlager-Genehmigungen

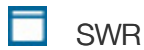
laufen aus

Andere Länder mit Atomkraft sind bei ihrer Endlagersuche allerdings weiter. Frankreich, die Schweiz und Schweden haben bereits Standorte benannt. In Finnland ist das erste Endlager für hochradioaktiven Abfall fertiggestellt worden, dort läuft derzeit der Probetrieb. In Schweden und Finnland gibt es allerdings kaum Akzeptanzprobleme der Bevölkerung vor Ort.

Auch in Deutschland wird inzwischen diskutiert, ob sich die Endlagersuche vereinfachen lässt, ohne dabei Abstriche an der Sicherheit zu machen. Endlager-Forscher Röhlig hält das für denkbar. "Wir haben in diesem Verfahren drei Mal eine behördliche Befassung, wir haben in diesem Verfahren drei Mal eine Parlamentsentscheidung, die auch wieder von politischen Mehrheiten und von Verhandlungen abhängt. Und das kostet natürlich enorm viel Zeit."

Der deutsche Atommüll ist trotzdem da. In knapp 2.000 Castorbehältern werden die hochradioaktiven Abfälle an 16 Standorten zwischengelagert, darunter in Brokdorf, Biblis oder Lubmin. Die Castoren und die Zwischenlager sind bis auf weiteres für vierzig Jahre genehmigt. In Gorleben etwa läuft die Genehmigung Ende 2034 aus. Die Zeit bis dahin wird wohl nicht reichen, um die Suche nach einem Endlager abzuschließen.

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH



Atommüllendlager - Wird Schacht "Konrad" nie in Betrieb gehen?

16. April 2025 06:01 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Ab den 2030er-Jahren soll die Einlagerung von **Atommüll** im Schacht "Konrad" eigentlich beginnen. Vertrauliche Dokumente, die BR und NDR vorliegen, zeigen aber eklatante Probleme und deuten Behördenversagen an - mit erheblichen Auswirkungen.

Das geplante **Atommüllendlager** Schacht "Konrad" im niedersächsischen Salzgitter steht vor einer jahrelangen Verzögerung. Das geht aus vertraulichen Dokumenten hervor, die BR und NDR exklusiv vorliegen. Laut den übereinstimmenden Papieren kann unter den derzeitigen behördlichen Auflagen keine Einlagerung von **Atommüll** erfolgen. Das könnte auch so bleiben.

"Konrad" ist das einzige genehmigte und im Bau befindliche **Endlager** in Deutschland. Am Rand der Stadt Salzgitter ragt als Landmarke ein markantes Doppelbock-Fördergerüst in die Höhe. Darunter führt ein Aufzug etwa 1.000 Meter in die Tiefe zu einer Großbaustelle unter Tage. Das ehemalige Eisenerzbergwerk wird umgebaut zu einem **Endlager** für schwach- und mittelradioaktive Abfälle aus deutschen Kernkraftwerken. Der Bau soll in wenigen Jahren abgeschlossen sein, schon kurz darauf soll **Atommüll** eingelagert werden, erklärt Dagmar Dehmer, Sprecherin der Bundesgesellschaft für **Endlagerung** (BGE): "Anfang der 2030er-Jahre soll es losgehen."

Gefahr für

oberflächennahes

Grundwasser abwenden

Doch genau daran gibt es erhebliche Zweifel. Die zwei Dokumente, die BR und NDR exklusiv vorliegen, zeigen Probleme mit dem niedersächsischen Wasserrecht auf und lassen auf behördliche Versäumnisse schließen. Sie kommen zum Schluss: "Konrad" wird sich entweder um viele Jahre verzögern oder möglicherweise sogar gänzlich scheitern. Der Schacht drohe zu einem Milliardengrab zu werden.

Der Grund dafür sei die Genehmigung, die 2002 für "Konrad" erteilt wurde. Die ging mit einer "Gehobenen

wasserrechtlichen Erlaubnis" einher, ausgestellt vom Land Niedersachsen. Mit dieser Erlaubnis soll, vereinfacht gesagt, sichergestellt werden, dass von den Abfällen im Endlager keine Gefahr für das oberflächennahe Grundwasser ausgeht.

Platin, Quecksilber, Eisen

Dabei geht es nicht nur um radioaktiven Müll, sondern ganz besonders um Stoffe, die mit nuklearen Abfällen immer wieder auftauchen. Für Stoffe wie Platin, Quecksilber oder einfach nur Eisen oder Aluminium wurden strenge Grenzwerte eingeführt. In den 303.000 Kubikmetern Atommüll, die in "Konrad" landen sollen, dürften zum Beispiel nur 43 Kilogramm Quecksilber enthalten sein oder nur elf Gramm Platin.

Werden diese Grenzwerte exakt eingehalten, kann laut Experten nur ein Bruchteil der schwach- und mittelradioaktiven Abfälle eingelagert werden. 2010 haben sich die Verantwortlichen des Endlagers deswegen eine eigene Berechnungsgrundlage geschaffen, um folglich doch große Mengen an Atommüll einlagern zu können.

Fehlende Genehmigung

Die zwei Dokumente beschreiben dabei zwei entscheidende Probleme. Das erste Dokument stammt von dem Mann, der vor gut 23 Jahren "Konrad" zur Genehmigung geführt hat. Der Physiker Bruno Thomauske arbeitete damals für das Bundesamt für Strahlenschutz. Später war er für Vattenfall und als Lehrstuhlinhaber an der RWTH Aachen tätig. In einer 32-seitigen Analyse kommt er zum Schluss: "Konrad kann nicht in Betrieb gehen."

Sein Vorwurf lautet, die neue Berechnungsgrundlage sei eine "wesentliche Veränderung" der "Gehobenen wasserrechtlichen Erlaubnis", daher sein Fazit: "Dazu braucht man in der Regel Genehmigungsverfahren, in denen man begründet, weswegen höhere Mengen eingelagert werden. Ein solches Genehmigungsverfahren wurde nicht angestrengt."

Die verantwortliche Bundesgesellschaft für Endlagerung habe sich das Vorgehen zwar von einer wasserrechtlichen Aufsichtsbehörde abnicken lassen, sich jedoch nicht beim Niedersächsischen Umweltministerium die notwendige Genehmigung eingeholt.

Warnung vor Scheitern

Das unterstreicht ein zweites Dokument, verfasst von einem Berater des Bundesumweltministeriums, das für die nukleare Sicherheit in Deutschland zuständig ist. Der Berater weist außerdem auf ein zweites Problem hin. Die Berechnungsgrundlage sei "abhängig von den jeweils aktuell gültigen wasserrechtlichen Gesetzen und Verordnungen". Heißt: Bei jeder noch so kleinen Änderung müsse neu berechnet werden, für jeden einzelnen Container. Von insgesamt 303.000 Kubikmetern Atommüll, sogenannte Abfallgebinde. Kein einziges davon könne bei Vorhandensein des Endlagers tatsächlich eingelagert werden.

Das Fazit des Beraters des Bundesumweltministeriums: "'Konrad' wird nicht in Betrieb gehen. Entweder

wegen Genehmigungsproblemen oder weil alle paar Jahre neue wasserrechtliche Verordnungen und Gesetze erlassen werden, sodass eine Freigabe von Abfällen zur Einlagerung in 'Konrad' nicht erfolgen kann." Ein Scheitern des **Endlagers** sei daher das wahrscheinlichste Szenario.

Genehmigungen für Container liegen nicht vor

Im niedersächsischen Peine, nur 25 Kilometer von Schacht "Konrad" entfernt, liegt der Hauptsitz der Bundesgesellschaft für **Endlagerung**. Im ARD-Interview schließt Geschäftsführerin Iris Graffunder ein Scheitern von "Konrad" zwar aus, räumt aber ein: "Es könnte sein, dass wir eine neue 'Gehobene wasserrechtliche Erlaubnis' brauchen. Oder im Änderungsverfahren die jetzige verändern können."

Auf die Nachfrage, dass damit die Einlagerung von **Atommüll** zu Beginn der 2030er-Jahre nicht zu halten sei, erklärt Graffunder: "Umso nötiger ist es, dass wir jetzt anfangen. Noch weiter schieben macht aus meiner Sicht keinen Sinn." Der aktuelle Stand, so Graffunder: "Im Moment gibt es kein einziges Gebinde, das stofflich den Stempel hat, um eingelagert werden zu dürfen."

Problem zugegeben

Ohne diesen Stempel wird in fast 1.000 Metern Tiefe im Schacht "Konrad" aber nie etwas ankommen. Dort, wo eigentlich nach und nach Container mit **Atommüll** gestapelt werden sollen, um als Relikt des deutschen **Atomzeitalters** für immer unter Tage zu bleiben. Dass aktuell kein einziger Behälter für das **Endlager "Konrad"** genehmigt werden kann, steht sogar in einem offiziellen öffentlich zugänglichen Papier. Es stammt von der **Entsorgungskommission**, ein Beratungsgremium des Bundesumweltministeriums.

Nur unweit davon sitzt in Berlin auch die **atomare** Aufsichtsbehörde, das **Bundesamt** für die Sicherheit der **nuklearen Entsorgung** in Deutschland, kurz **BASE**. Ihr Chef, der Grünen-Politiker Christian Kühn gibt im ARD-Interview offen zu: "Da müssen die Bundesgesellschaft für **Endlagerung** und das Land Niedersachsen noch die Köpfe zusammenstecken."

Vier Milliarden Euro

Sie sollen jetzt die Köpfe zusammenstecken, um ein Problem zu lösen, das schon seit mehr als 20 Jahren bekannt ist. "Man hat in der Vergangenheit sicher nicht alles richtig gemacht. Sonst wären die eine oder andere Fragen heute schon gelöst", so **BASE**-Chef Kühn.

Trotz ungelöster Probleme wird unter Tage weiter an "Konrad" gebaut. Etwa vier Milliarden Euro, zum Teil Steuergelder, sind bisher in den Schacht geflossen, dies seit mehr als 50 Jahren, gegen größte Widerstände. Währenddessen schreitet der Rückbau der stillgelegten Kernkraftwerke immer weiter voran. Dadurch fällt auch immer mehr **Atommüll** an, der für "Konrad" vorgesehen ist.

Die Zwischenlager drohen überzulaufen. Offiziellen Angaben nach reichen die derzeitigen Kapazitäten nicht aus, um sämtliche Container oberirdisch lagern zu können. Die **atomare Entsorgung** in Deutschland steht damit erneut vor einem völligen Stillstand.

Eine Hintertür will sich die Bundesgesellschaft für Endlagerung noch offenhalten: Sollte "Konrad" zumindest baulich rechtzeitig fertigwerden, will man laut Geschäftsführerin Iris Graffunder unter den 303.000 Kubikmetern Atommüll nach "irgendwelchen Gebinden suchen", die unbedenklich eingelagert werden können, ohne Auswirkungen auf das Grundwasser befürchten zu müssen. Die eigentlichen Probleme werden dadurch nicht gelöst.

Mehr zum Thema sehen Sie heute um 21:45 Uhr bei Plusminus im Ersten.

Fauna und Flora um Atomendlager Morsleben werden kartiert

Peine/Morsleben (epd). Rund um das Atommülllager Morsleben in Sachsen-Anhalt hat der Betreiber mit der Kartierung der Tier- und Pflanzenwelt begonnen. Die Maßnahme sei Teil einer umfassenden Umweltverträglichkeitsprüfung, teilte die Bundesgesellschaft für Endlagerung am Dienstag in Peine mit. Die Prüfung solle sicherstellen, dass die geplante Stilllegung des Endlagers so umweltschonend wie möglich umgesetzt und der biologische Reichtum der Region geschützt wird.

Ein Schacht im unmittelbar an der Landesgrenze zu Niedersachsen gelegenen

früheren Salzbergwerk Morsleben war das Endlager der DDR. Mit der Wiedervereinigung ging es in den Besitz des Bundes über. In dem Salzstock lagern rund 37.000 Kubikmeter schwach- und mittelradioaktiver Atommüll.

Im Jahre 1998 verhängte das Obergericht Magdeburg einen Einlagerungsstopp. Wie der Schacht Asse II bei Wolfenbüttel gilt auch Morsleben als einsturzgefährdet. Der Betreiber ließ Hohlräume deshalb mit Salzbeton verfüllen und beantragte beim Land

Sachsen-Anhalt die Stilllegung des Endlagers. Eine Entscheidung steht noch aus.

Die BGE lässt nun ermitteln, welche Biotope, geschützten Pflanzenarten, Vögel, Säugetiere und Insekten es in der Umgebung des Endlagers gibt. Die Beobachtung laufe über zwei volle Wachstumsphasen bis zum Herbst 2026, hieß es.

epd ost lnb bue

Wörter: 180
Ressort: Politik
Rubrik: Umwelt/Atommüll
Medienkanal: ONLINE
Mediengattung: Nachrichtenagentur
Medientyp: AGENTUR

Jahrgang: 2025
Ausgabe: Einzelausgabe

Wirtschaftswachstum: MV ganz vorn dabei

Niedersachsen und MV haben die Nase vorn, die Bundesländer im Süden dagegen meldeten zuletzt einen Rückgang.

München Die Wirtschaft in Norddeutschland läuft derzeit deutlich besser als im Süden, Osten und Westen. Im vierten Quartal legte das Bruttoinlandsprodukt in Niedersachsen um 1,4 Prozent zu, wie das Münchner Ifo-Institut berechnet hat.

In Mecklenburg-Vorpommern waren es 1,1 Prozent, in Schleswig-Holstein 1,0 Prozent, während Deutschland insgesamt einen Rückgang um 0,2 Prozent hinnehmen musste. Auch Hessen konnte sich mit einem Wachstum um 0,8

Prozent gegen den Abwärtstrend stemmen. Hamburg stagnierte im vierten Quartal mit einer schwarzen Null, hat aber im Gesamtjahr die Nase vorn. Für die restlichen Bundesländer kommt das Ifo bei seiner saisonbereinigten Berechnung auf sinkende Werte. „Die Industrie im Norden entkoppelt sich von der gesamtdeutschen Entwicklung, wobei der Aufschwung in der Rüstungsindustrie hier eine zentrale Rolle spielt“, sagt Ifo-Konjunkturoperte Robert Lehmann. „In Hessen läuft es vor allem

recht gut für die Finanz- und Unternehmensdienstleister.“

Besonders schlecht lief es im vierten Quartal in Sachsen mit einem Rückgang um 1,8 Prozent und Sachsen-Anhalt mit minus 1,4 Prozent. Brandenburg verlor 0,6 Prozent, Thüringen 0,5, Bayern, Berlin und das Saarland 0,3 Prozent im Vergleich zum Vorquartal. In Baden-Württemberg sank das Bruttoinlandsprodukt um 0,4 Prozent gegenüber dem Vorquartal, in Nordrhein-Westfalen um 0,6 Prozent. (dpa)

Wörter: 224
 Autor/-in: Christof Rührmair
 Ressort: titel
 Seitentitel: titel
 Medienkanal: PRINT
 Mediengattung: Tageszeitung
 Medientyp: PRINT

Jahrgang: 2025
 Ausgabe: Hauptausgabe
 Auflage: 8.471 (gedruckt)¹
 8.213 (verkauft)¹
 8.415 (verbreitet)¹
 Reichweite: 0,02785 (in Mio)²

¹ von PMG gewichtet 01/2025

² von PMG gewichtet 7/2024